

Rechtsinformationsdienst

der Kanzlei

Sascha Steidel

Wrangelstraße 16
24105 Kiel
www.kanzlei-steidel.de

Ausgabe: gewerbliche Mandanten

Februar 2013

Arbeitsrecht

Schwangere als Schwangerschaftsvertretung

Die Frage des Arbeitgebers nach der Schwangerschaft einer Stellenbewerberin ist grundsätzlich unzulässig. Dies ist nach einem Urteil des Landesarbeitsgerichts Köln selbst dann der Fall, wenn eine Mitarbeiterin befristet als Schwangerschaftsvertretung eingestellt wird. Stellt sich später heraus, dass die neue Mitarbeiterin, die ihre Arbeit zunächst aufgenommen hat, ebenfalls schwanger ist, kann der Arbeitgeber das Beschäftigungsverhältnis nicht wegen arglistiger Täuschung anfechten.

Urteil des LAG Köln vom 11.10.2012
6 Sa 641/12
DB 2012, 2872

Ärztliches Attest bereits ab erstem Krankheitstag

Nach einer Grundsatzentscheidung des Bundesarbeitsgerichts sind Arbeitgeber aufgrund ihres Weisungsrechts auch ohne begründeten Verdacht berechtigt, von einem Arbeitnehmer bereits vom ersten Krankheitstag an ein ärztliches Attest zur Arbeitsunfähigkeit zu verlangen, sofern die Anordnung nicht willkürlich erscheint und keinen Verstoß gegen das allgemeine arbeitsrechtliche Schikaneverbot darstellt.

Dies entspricht der gesetzlichen Regelung des § 5 Abs. 1, Satz 3 EntgFG (Entgeltfortzahlungsgesetz), wonach der Arbeitgeber die Vorlage der ärztlichen Bescheinigung früher als zur ansonsten nach dem Gesetz geltenden Frist von drei Krankheitstagen verlangen darf. Dieses klarstellende Urteil erleichtert es Arbeitgebern, gegen (vermeintliche) Missbrauchsfälle, wie häufige Krankheitstage an Freitagen, Montagen oder sogenannten Brückentagen, vorzugehen.

Urteil des BAG vom 14.11.2012
5 AZR 886/11
Pressemitteilung des BAG

Überstunden „mit drin“

Abgeltungsklauseln für Überstunden sind in der Praxis nicht ungewöhnlich. Häufig scheitert ihre rechtliche Zulässigkeit allerdings an der fehlenden Transparenz. Nun hat das Bundesarbeitsgericht insoweit seine strengen Maßstäbe gelockert. Danach können Klauseln in Formulararbeitsverträgen, die ausschließlich die Vergütung von Überstunden, nicht aber die Anordnungsbefugnis des Arbeitgebers zur Leistung von Überstunden regeln, zulässig sein. Im konkreten Fall erklärten die Erfurter Bundesrichter eine Vereinbarung, nach der in dem monatlichen (Grund-)Gehalt die ersten zwanzig Überstunden im Monat „mit drin“ sind, als klar und verständlich.

Urteil des BAG vom 16.05.2012
5 AZR 331/11 - NZA 2012, 908

Private Chatprotokolle auf Firmen-PC

Hat der Arbeitgeber seinen Arbeitnehmern lediglich eine gelegentliche private Internetnutzung von Firmen-PCs gestattet und zugleich darauf hingewiesen, dass bei einer Abwicklung persönlicher Angelegenheiten auf Arbeitsplatzrechnern und über das Netzwerk der Mitarbeiter keine Vertraulichkeit erwartet werden und der Arbeitgeber die Nutzung überwachen und bei gegebener Notwendigkeit die vorhandenen Daten einsehen kann, ist der Arbeitgeber berechtigt, die auf einem Firmen-PC vorgefundenen abgespeicherten Chatprotokolle eines Arbeitnehmers in einem Kündigungsschutzverfahren zu verwenden.

Für das Landesarbeitsgericht Hamm besteht in einem derartigen Fall kein Verwertungsverbot der vorgefundenen privaten Daten des Mitarbeiters, dem gekündigt wurde, nachdem sich aus den Chatprotokollen illegale Aktivitäten zulasten des Arbeitgebers ergeben hatten.

Urteil des LAG Hamm vom 10.07.2012
14 Sa 1711/10 - DuD 2013, 50

Wettbewerbsrecht

Impressum: fehlende Angaben zu Vertretungsorgan einer Kapitalgesellschaft

Ein Unternehmen muss auf seiner Homepage insbesondere die im Handelsregister eingetragene Firma, ein vertretungsberechtigtes Organ, die Handelsregisternummer, das Handelsregistergericht, die korrekte ladungsfähige Anschrift sowie die Telefon- und ggf. Faxnummer angeben (Impressum). Nicht jede Nichtbefolgung der Impressumspflicht stellt jedoch einen sanktionierbaren Wettbewerbsverstoß dar.

So wird die Angabe des Namens eines Vertretungsberechtigten einer Kapitalgesellschaft (AG, GmbH) weder von Art. 5 Abs. 1 der Richtlinie 2000/31/EG über den elektronischen Geschäftsverkehr noch von Art. 4 Abs. 1 der Richtlinie 97/7/EG über den Verbraucherschutz bei Vertragsabschlüssen im Fernabsatz gefordert. Hieraus schließt das Kammergericht Berlin, dass die Nichtangabe des Vertretungsorgans keine wesentliche Information nach § 5a Abs. 4 UWG ist, sondern lediglich einen Bagatellverstoß darstellt, der keine strafbewehrte wettbewerbsrechtliche Abmahnung rechtfertigt.

Beschluss des KG Berlin vom 21.09.2012
5 W 204/12 - K&R 2012, 829

Einwurf von Anzeigenblättern trotz Sperrvermerk "Keine Werbung"

Für den Bundesgerichtshof ist einem Briefkastenaufkleber mit der Aufschrift „Keine Werbung“ nicht zwingend zu entnehmen, dass auch der Einwurf kostenloser Anzeigenblätter unerwünscht ist. Dies gilt auch dann, wenn in die Zeitschrift lose Werbeprospekte eingelegt sind.

Beschluss des BGH vom 16.05.2012
I ZR 158/11
WRP 2012, 938

Unzulässige Erhebung von Minderjährigen-Daten zu Werbezwecken

Das Oberlandesgericht Hamm hält es für rechtlich unzulässig, ohne Zustimmung der Erziehungsberechtigten bei Gewinnspielen persönliche Daten von minderjährigen Verbrauchern (hier: ab 15 Jahren) zu erheben, um diese sodann als Kunden werben zu können. Eine derartige Praxis stellt einen Wettbewerbsverstoß dar, der gerichtlich untersagt werden kann.

Urteil des OLG Hamm vom 20.09.2012
I-4 U 85/12
GRURPrax 2012, 586

Pflicht zur Grundpreisangabe gilt auch für Pizzalieferservice

Wer Letztverbrauchern gewerbs- bzw. geschäftsmäßig oder regelmäßig in sonstiger Weise Waren in Fertigpackungen, offenen Packungen oder als Verkaufseinheiten ohne Umhüllung nach Gewicht, Volumen, Länge oder Fläche anbietet, hat nach § 2 Preisangabenverordnung (PAngV) auch den Preis je Mengeneinheit einschließlich der Umsatzsteuer und sonstiger Preisbestandteile (Grundpreis) in unmittelbarer Nähe des Endpreises anzugeben.

Dies gilt nach einem Urteil des Bundesgerichtshofs auch für einen Lieferdienst, der neben der Lieferung zubereiteter Speisen (hier: Pizza), auch andere, in Fertigpackungen verpackte Waren (z.B. Bier, Wein oder Eiscreme) anbietet. Für diese Waren muss in Preislisten und der Werbung neben dem End- auch der Grundpreis (z.B. für 1 Liter oder 100 Gramm) angegeben werden.

Urteil des BGH vom 28.06.2012
I ZR 110/11
BGH online

Miet- und Baurecht

Pflicht des Mieters zur schriftlichen Ankündigung einer Mietminderung

In einem Gewerbemietvertrag kann eine Klausel, wonach Minderung oder Zurückbehaltung der Miete einen Monat vorher schriftlich vom Mieter anzukündigen sind, wirksam vereinbart werden. Das demnach bestehende Schriftformerfordernis steht somit einer mündlich erklärten Mietreduzierung durch den Mieter entgegen.

Urteil des LG Bonn vom 09.07.2012
1 O 318/11 - ZMR 2012, 773

Baumangel: Folgen des Unverhältnismäßigkeitseinwandes für Schadensersatzhöhe

Ein Werkunternehmer kann im Falle eines Mangels die vom Besteller verlangte Nacherfüllung verweigern, wenn sie nur mit unverhältnismäßig hohen Kosten möglich

ist (§ 635 Abs. 3 BGB). Verweigert der Unternehmer zu Recht die Nacherfüllung nach dieser Vorschrift, kann der Besteller ohne weitere Fristsetzung Schadensersatz statt der Leistung für Mängel der Werkleistung beanspruchen.

Die Höhe des Schadensersatzanspruchs richtet sich dann nach denselben Kriterien wie bei der Verhältnismäßigkeitsprüfung im Rahmen des § 635 Abs. 3 BGB. Der Besteller kann daher nur einen angemessenen Betrag einfordern. Ansonsten würde nicht nur das Verweigerungsrecht des Werkunternehmers faktisch gegenstandslos, sondern er müsste u.U. sogar mehr bezahlen, als wenn er den Mangel selbst beseitigt hätte.

Urteil des BGH vom 11.10.2012
VII ZR 179/11 - MDR 2012, 1404

Unwirksame Versanddauerbestimmung („Voraussichtliche Versanddauer“)

Eine Klausel in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen eines Internethändlers mit dem Wortlaut „Voraussichtliche Versanddauer: 1-3 Werktage“ ist gemäß § 308 Nr. 1 BGB unwirksam. Diese Vorschrift soll vertragliche Bestimmungen verhindern, durch die sich ein Händler unangemessen lange oder nicht hinreichend bestimmte Fristen u.a. zur Erbringung seiner Leistung vorbehält.

Der hier vom Oberlandesgericht Bremen bejahte Verstoß gegen das Bestimmtheitsgebot erschwert es dem Kunden insbesondere, das Fristende selbst zu erkennen oder zu errechnen und die ihm im Falle einer Fristüberschreitung zustehenden Rechte geltend zu machen. Durch den Zusatz „voraussichtlich“ kann der Verbraucher nicht selbst zuverlässig einschätzen, unter welchen tatsächlichen Voraussetzungen die Fälligkeit eintritt und er den Verkäufer in Verzug setzen kann.

Urteil des OLG Bremen vom 05.10.2012
2 U 49/12 - JurPC Web-Dok. 187/2012

Zumutbare Maßnahmen zur Vermeidung eines weiteren Urheberrechtsverstoßes

„Das Internet vergisst nichts!“ - Mit dieser Erkenntnis haben alle zu kämpfen, die von ihnen einmal ins Netz eingestellte Inhalte wieder löschen wollen. Besonders problematisch kann diese Erkenntnis für diejenigen sein, die rechtlich verpflichtet sind, rechtswidrig veröffentlichte Inhalte wieder zu entfernen. So ging es vor dem Oberlandesgericht Karlsruhe um einen Internetteilnehmer, der sich durch eine Unterlassungserklärung verpflichtet hatte, ein urheberrechtlich geschütztes Bild aus einem von ihm verfassten Artikel nicht weiter zu veröffentlichen.

Das Gericht ging davon aus, dass der aus der Unterlassungserklärung Verpflichtete erst dann alles ihm Zumutbare unternommen hat, weitere Aufrufe des beanstandeten Artikels zu verhindern, wenn er - wie in diesem Fall - bis zu 30 Server manuell auf die Aufrufbarkeit des fraglichen Bildes untersucht hat. Kommt er dem

nicht nach, ist er verpflichtet, an den Unterlassungsgläubiger für jeden weiteren Rechtsverstoß (Aufruf des beanstandeten Inhalts) die Vertragsstrafe zu bezahlen.

Urteil des OLG Karlsruhe vom 12.09.2012
6 U 58/11 - jurisPR-ITR 23/2012, Anm. 3

Unzulässige Internetveröffentlichung von Gaststättenbetrieben mit Hygienemängeln

Nach § 40 Abs. 1a LFGB (Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch) ist die zuständige Behörde verpflichtet, die Öffentlichkeit unter Nennung der Bezeichnung des Lebensmittels oder Futtermittels sowie unter Benennung des Unternehmens über von diesem vertriebene gesundheitsschädliche Waren zu informieren. Nach Auffassung des Verwaltungsgerichts Karlsruhe ermächtigt diese Vorschrift jedoch nicht zur Veröffentlichung eines Gaststättenbetriebes, bei dem Verstöße gegen die Betriebshygiene bzw. Reinigungsmängel festgestellt worden sind.

Beschluss des VG Karlsruhe vom 07.11.2012
2 K 2430/12 - JURIS online

Unzulässige „Gegnerliste“ auf Internetseite

Eine Privatperson muss es nicht hinnehmen, auf der Internetseite einer Rechtsanwaltskanzlei in einer sogenannten Gegnerliste mit Personen, die von der Kanzlei wegen Urheberrechtsverstößen außergerichtlich oder gerichtlich in Anspruch genommen wurden, namentlich aufgeführt zu werden. Eine solche Namensnennung in einer für jedermann zugänglichen Quelle stellt einen Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung dar. Die betroffene Person kann im Wege einer gerichtlichen einstweiligen Verfügung die Löschung von dieser Liste verlangen.

Urteil des LG Essen vom 26.09.2012
4 O 263/12 - JurPC Web-Dok. 190/2012

Kontobereitstellung für betrügerische Internetgeschäfte

Der Bundesgerichtshof hat entschieden, dass derjenige, der sein Bankkonto leichtfertig für die Abwicklung betrügerischer Internetgeschäfte eines anderen zur Verfügung stellt, den durch den Betrug geschädigten Personen zum Schadensersatz verpflichtet ist. Dies ergibt sich aus dem Straftatbestand der Geldwäsche, der auch den Schutz des Vermögens der durch die Vortat Geschädigten bezweckt.

Urteil des BGH vom 19.12.2012
VIII ZR 302/11 - Pressemitteilung des BGH

Unbegründetes Nachsicherungsverlangen der kreditgebenden Bank

Wurde ein Geschäftsdarlehen u.a. durch eine Bürgschaft mit einer kürzeren Laufzeit als das Darlehen abgesichert, ist die kreditgebende Bank nicht befugt, bei Wegfall der Bürgschaftssicherheit vom Kreditnehmer die Beibringung einer weiteren Sicherheit zu verlangen. Das Geldinstitut ist dann nicht berechtigt, das Darlehen wegen der unterbliebenen Stellung einer Ersatzsicherheit zu kündigen.

Urteil des OLG Nürnberg vom 31.07.2012
14 U 1737/11 - WM 2012, 1866

Verdeckter Nachlass in Höhe der Kasko-Selbstbeteiligung

Eine Reparaturwerkstatt handelt rechtswidrig, wenn sie die Selbstbeteiligung ihres Kunden, der bei ihr einen Teilkaskoschaden beheben lässt, ganz oder teilweise übernimmt, ohne dies der Versicherung gegenüber offenzulegen. Für das Oberlandesgericht Köln kann die Erfüllung des Betrugstatbestandes auch nicht dadurch umgangen werden, dass die Werkstatt (hier Autoverglaser) als Gegenleistung für die Übernahme der Selbstbeteiligung den Kunden verpflichtet, für 12 Monate einen Werbeaufkleber an seiner Windschutzscheibe zu befestigen.

Zum einen kann der Verbleib des Werbeaufklebers über 12 Monate nicht kontrolliert werden. Zum anderen stellt das Anbringen eines kleinen Aufklebers nicht annähernd eine gleichwertige Gegenleistung für eine Zahlung in Höhe der Selbstbeteiligung von 150 Euro dar. Die Reparaturwerkstatt kann daher auf Unterlassung in Anspruch genommen werden.

Urteil des OLG Köln vom 12.10.2012
6 U 93/12 - jurisPR-WettbR 11/2012 Anm. 5

Verkehrssicherungspflicht eines Supermarktbetreibers

Einen Ladenbesitzer trifft eine allgemeine Rechtspflicht, die Vorkehrungen zu treffen, die erforderlich und zumutbar sind, um eine Schädigung der Kunden zu verhindern. Diese sogenannte Verkehrssicherungspflicht darf jedoch nicht überspannt werden, wie ein vor dem Amtsgericht München verhandelter Fall zeigt.

Eine Kundin hatte aus einer Flaschenpyramide eine Flasche Rum entnommen, bei der - was sie vorher nicht

bemerkte hatte - der Flaschenhals zerbrochen war. Dabei schnitt sie sich in den Mittelfinger der rechten Hand. Wegen dieser Verletzung machte sie gegen den Supermarktbetreiber ein Schmerzensgeld von mindestens 1.000 Euro und den Ersatz von Kosten für eine Haushaltshilfe in Höhe von 860 Euro geltend. Ihre Klage wurde abgewiesen.

Eine Gefahrenquelle führt - so die Urteilsbegründung - erst dann zu einer Haftung, sobald sich aus ihr vorausschauend für einen sachkundig Urteilenden die naheliegende Gefahr ergibt, dass andere verletzt werden könnten. Dies war hier nicht der Fall. Auch die Kundin selbst hatte beim Herausnehmen der Flasche die Beschädigung nicht erkennen können. Dieser Maßstab muss dann gleichermaßen für den Ladenbesitzer gelten.

Urteil des AG München vom 25.05.2012
283 C 2822/12
Justiz Bayern online

Händler haftet nicht für Herstellerfehler

Tritt infolge eines für einen Händler nicht erkennbaren Materialfehlers des Produktherstellers ein Folgeschaden an dem Kaufgegenstand auf, scheidet eine Haftung des Händlers aus. In dem entschiedenen Fall hatte ein Autohersteller eine fehlerhafte Befestigungsschraube für den Zahnriemen eines Audi A6 geliefert. Dies führte in der Folge zu einem Motorschaden. Hierfür hat somit alleine der Hersteller einzustehen.

Urteil des LG Hagen (Westfalen) vom 24.08.2012
2 O 61/12
BauR 2012, 1840

Keine Entschädigung wegen überlanger Verfahrensdauer bei Laufzeit (1 Jahr)

Nach einer Entscheidung des Bundesfinanzhofs ist die Dauer eines finanzgerichtlichen Verfahrens, das kein Eilverfahren ist, von einem Jahr nicht als unangemessen lang anzusehen. Eine derartige Verfahrensdauer löst daher keinen Entschädigungsanspruch des verfahrensbeteiligten Steuerpflichtigen aus.

Beschluss des BFH vom 26.07.2012
X S 18/12 (PKH)
jurisPR-SteuerR 48/2012, Anm. 4

Problematische Zahlung von Steuerschulden per Scheck

Wer kurz vor Fristablauf dem Finanzamt zur Begleichung von Steuerschulden einen Verrechnungsscheck

übergibt, kann nicht sichergehen, dass er damit seine Steuerschuld rechtzeitig beglichen hat.

Maßgeblich für den Zahlungseingang ist nämlich nicht die - hier noch rechtzeitige - Gutschrift auf dem Konto des Finanzamts, sondern die gesetzliche Regelung des § 224 Abs. 2 Nr. 1 Halbsatz 2 AO (Abgabenordnung), wonach bei der Hingabe oder Übersendung von Schecks die Zahlung drei Tage nach dem Tag des Eingangs des Schecks als erfolgt anzusehen ist. Diese Regelung gilt unabhängig von der tatsächlichen Gutschrift des Scheckbetrages, sodass für den Fall, dass die fiktive Zahlung erst nach Fristablauf erfolgt ist, ein Säumniszuschlag erhoben werden kann.

Urteil des BFH vom 28.08.2012
VII R 71/11 - DStR 2012, 2385